



Policy Paper zur IHK Rheinland Studie

# Bedeutung der energieintensiven Industrie im Rheinland

Hintergründe – Fakten – Forderungen



Initiative  
Rheinland

## Hintergrund

Energie hat für das Rheinland eine herausragende Bedeutung. Die im Rheinland beheimatete Energiewirtschaft spielt seit Jahrzehnten eine zentrale Rolle für die Energieproduktion in Deutschland. Im ganzen Rheinland haben sich vor diesem Hintergrund zahlreiche energieintensive Unternehmen angesiedelt. Von der Glasproduktion in Herzogenrath, über die Papierproduktion in Düren, das Aluminium-Dreieck im Rhein-Kreis Neuss, bis hin zu den Gießereien im Bergischen Land. Von der Duisburger Stahlproduktion über die Unternehmen der Chemieindustrie entlang des Rheins bis zur Kunststoffindustrie in Bonn/Rhein-Sieg.

Die energieintensive Industrie steht aufgrund der hohen Energiepreise seit langem unter Druck. Die Auswirkungen dieser Entwicklung spüren wir in einer anhaltenden Rezession in den verarbeitenden Industriebranchen und deren aktuell weiter negativen Geschäftserwartungen. Die energieintensiven Unternehmen befinden sich dabei in einer noch angespannteren Lage als die übrigen Industriebranchen. Zudem stehen sie oft am Anfang langer Wertschöpfungsketten oder bilden deren Nukleus, sodass negative Entwicklungen dort direkt oder indirekt auf andere Branchen ausstrahlen.

Die IHK-Initiative Rheinland (IIR) hat in einer [Studie](#)<sup>1</sup> die volkswirtschaftliche Relevanz der energieintensiven Industrie<sup>2</sup> im Rheinland und darüber hinaus sowie zusätzlich die Bedeutung der heimischen energieintensiven Industrie für den globalen Klimaschutz herausarbeiten lassen. Hiermit möchte die IIR darauf hinwirken, dass die Politik Maßnahmen ergreift, um die Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der energieintensiven Industrie im Rheinland, in Nordrhein-Westfalen und Deutschland wiederherzustellen und nachhaltig zu stärken. Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammengefasst.

## Zahlen und Fakten



### Beschäftigung

# Beschäftigung

**41%**

der Arbeitsplätze  
des verarbeitenden Gewerbes im  
Rheinland sind in der  
energieintensiven Industrie  
angesiedelt (NRW: 36 Prozent,  
Deutschland: 28 Prozent).

**800.000**

Beschäftigte sind  
deutschlandweit direkt, indirekt  
und induziert von der energie-  
intensiven Industrie im  
Rheinland abhängig.

**215.000**

Personen sind im Rheinland  
in der energieintensiven  
Industrie beschäftigt.

<sup>1</sup> Link zur Studie „Bedeutung der energieintensiven Industrie im Rheinland“: [mittlerer-niederrhein.ihk.de/energieintensive\\_industrie](http://mittlerer-niederrhein.ihk.de/energieintensive_industrie)  
<sup>2</sup> In der Studie wurden folgende Branchen mit überdurchschnittlich hohem Energiebedarf als energieintensiv definiert:  
 Nahrungs- und Futtermittel, Papier, Chemie, Gummi und Kunststoff, Glas und Keramik, Metall



## Wertschöpfung

# Wertschöpfung

**37%**

der gesamten Wertschöpfung  
des verarbeitenden Gewerbes im  
Rheinland sind auf die energieintensive  
Industrie zurückzuführen.  
(NRW: 32 Prozent,  
Deutschland: 25 Prozent)

**21 Mrd. €**

Wertschöpfung erzielt  
die energieintensive Industrie im  
Rheinland.

**2,15 €**

zusätzliche Wertschöpfung  
entsteht bundesweit durch Vorleistungen  
und Konsum für jeden Euro Wert-  
schöpfung der energieintensiven  
Industrie im Rheinland.  
Der Durchschnitt des verarbeitenden  
Gewerbes liegt bei 1,62 Euro.



## Emissionsintensität

# Emissionsintensität

**28,5%**

konnte die energieintensive  
Industrie in Deutschland ihre  
Emissionsintensität seit 2010  
reduzieren.

**40%**

weniger emissionsintensiv ist die  
deutsche Volkswirtschaft im  
Vergleich zur amerikanischen  
Wirtschaft und 70 Prozent  
weniger als die chinesische.

**32%**

ist die Emissionsintensität der ge-  
samten deutschen Wirtschaft seit  
2015 zurückgegangen –  
und damit stärker als im  
europäischen Durchschnitt.



Im Vergleich der fünf größten  
Volkswirtschaften der Welt,  
gemessen am BIP, ist die  
deutsche Wirtschaft die  
emissionsärmste.



Im internationalen Vergleich ist die  
deutsche Volkswirtschaft trotz hoher  
Industriequote  
weniger emissionsintensiv.





# Forderungen zur Stärkung der energieintensiven Industrie

Die Ergebnisse der Studie zeigen eindrucksvoll die Bedeutung der energieintensiven Industrie im Rheinland. Deutschlandweit sorgt sie für eine Beschäftigung von 800.000 Menschen – mehr als direkt in der Automobilindustrie in Deutschland beschäftigt sind<sup>3</sup>. Jeder Euro Wertschöpfung, der in der energieintensiven Industrie im Rheinland erarbeitet wird, verdreifacht sich bundesweit durch deren Nachfrageeffekte.

**Ein Wegfall der energieintensiven Industrie durch eine fortschreitende Deindustrialisierung würde sich stark auf andere Branchen auswirken und ginge mit einem Wohlstandsverlust einher.**

Die Schließung oder Abwanderung von Unternehmen aus Deutschland würde negative Auswirkungen für das Klima mit sich bringen, da die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich trotz hoher Industriequote weniger emissionsintensiv ist. Eine Verlagerung der Industrie in andere Staaten würde demnach zu höheren Emissionen führen.

**Aus Klimaschutzgründen ist es notwendig, die energieintensive Industrie in Deutschland und Europa zu halten.**

Die energieintensive Industrie ist aktuell international nicht mehr wettbewerbsfähig und die Folgen der Deindustrialisierung sind bereits zu spüren<sup>4</sup>. Die Studie „Neue Wege für die Energiewende“ der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) <sup>5</sup> zeigt zudem, dass die Kosten für die Energiewende in den nächsten Jahren weiter stark ansteigen werden, was die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Industrie am Standort Deutschland ohne Gegenmaßnahmen zusätzlich gefährden wird. Die DIHK schlägt hierfür einen Paradigmenwechsel in der Energiewendepolitik vor. Es bedarf jedoch auch kurzfristiger Kosteneinsparungen – sowohl für die energieintensiven, als auch für die übrigen Industriebranchen. Hierfür macht die IHK-Initiative Rheinland folgende Vorschläge:

## Nachhaltige Senkung der Energiepreise

1

Die neue Bundesregierung hat bereits erste Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise eingeleitet. Hierzu zählen die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sowie ein Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten für 2026. Für die energieintensive Industrie sind diese Maßnahmen jedoch weder ausreichend noch nachhaltig, um international wieder wettbewerbsfähig zu werden. Daher sollten weitere Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise vorgenommen werden. Hierzu zählen:

- Analog zur Entlastung bei der Stromsteuer sollte es Unternehmen des produzierenden Gewerbes wieder ermöglicht werden, eine Entlastung bei der Energiesteuer, beispielsweise für die wärmeerzeugenden Energieträger Gas und Öl, zu erhalten, da diese für die energieintensive Industrie, auch aufgrund fehlender wirtschaftlicher Alternativen, aktuell noch von großer Bedeutung sind.

<sup>3</sup> Beschäftigungszahlen und Beschäftigungsentwicklung, VDA

<sup>4</sup> Erwerbstätigkeit im 2. Quartal 2025 nahezu unverändert, Statistisches Bundesamt

<sup>5</sup> Neue Wege für die Energiewende ("Plan B"), DIHK

- Die Netzentgelte sind mit rund 30 Prozent ein wesentlicher Kostentreiber für die Strompreise der Industrie. Aktuell wird seitens der Bundesnetzagentur ein Überarbeitungsprozess der Netzentgeltsystematik durchgeführt. Gemäß Paragraph 19, Absatz 2 der Stromnetzentgeltverordnung haben energieintensive Unternehmen mit der atypischen Netznutzung und dem Bandlastprivileg einen Anspruch auf ein individuelles Netzentgelt. Diese Regelung sollte mindestens bis zum Jahr 2029 erhalten bleiben. Zudem sollte bei der Überarbeitung der Systematik eine unbürokratische und praxistaugliche Anschlussregelung etabliert werden, die die energieintensive Industrie in ähnlichem Maße von den ausufernden Netzkosten entlastet.
- Der für 2026 geplante Zuschuss zu den Übertragungsnetzentgelten von 6,5 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ist ein wichtiger Schritt. Die Unternehmen erwarten jedoch eine dauerhafte Deckelung der Netzentgelte. Nur so lässt sich wieder Planungssicherheit herstellen. Die Regelung sollte über 2026 hinaus verstetigt werden.
- Die Strompreiskompensation ist ein wichtiges Instrument, um die energieintensive Industrie zu entlasten und sollte inklusive der Super-Cap-Regelung langfristig gesichert werden. Eine Kürzung würde die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen weiter gefährden.
- Ein wesentlicher Faktor für die Strompreise ist das vorhandene Angebot. Kraftwerkskapazitäten sollten nur dann abgeschaltet werden, wenn andere (wetterunabhängige) Leistung gesichert zur Verfügung steht. Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise sind zentral.
- Nationale Alleingänge sollten vermieden werden. Auf europäischer Ebene ist geplant, neben dem bereits existierenden Emissionshandelssystem für die Industrie und Kraftwerke (ETS 1) ein weiteres System für Wärme und Verkehr (ETS 2) einzuführen. Deutschland hat bereits im Jahr 2021 ein nationales Emissionshandelssystem (nEHS) eingeführt, welches in den ETS 2 integriert werden soll. Die Einführung des ETS 2 wird jedoch aktuell begleitet von Diskussionen und Zweifeln in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Gerade erst hat die EU den ETS 2 um ein Jahr verschoben. Vor diesem Hintergrund sollte zum Schutz der deutschen Wirtschaft über die Rahmenbedingungen und Zukunft des nEHS politisch diskutiert werden.

## Anpassung des CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichs und Verlängerung der freien Zuteilung

# 2

Der europäische CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) bietet in seiner jetzigen Form den betroffenen Branchen keinen wirksamen Schutz vor Carbon Leakage. Er hat im Gegenteil sogar deutlich negative Auswirkungen auf die realen, operativen Geschäftspraktiken, bspw. in der Aluminiumindustrie. Die Übergangsphase von CBAM startete 2023 und endet zum 31.12.2025. Eine praktikable Lösung zur Entlastung der Exportwirtschaft, die durch den CBAM-Mechanismus auf den internationalen Märkten klare Wettbewerbsnachteile hinnehmen muss, gibt es weiterhin nicht.

Es bestehen außerdem allgemein viele Unsicherheiten und wenig Planbarkeit, unter anderem aufgrund weiterhin fehlender CBAM-Benchmarks, Standardwerte und Daten, die für die Kostenkalkulation immens wichtig sind. Des Weiteren ist zu prüfen, wie leicht der Schutzmechanismus umgangen werden kann und zudem zu hinterfragen, inwiefern CBAM den globalen Klimaschutz wirklich voranbringt. Vor diesem Hintergrund sowie des benötigten Level Playing Field für die deutsche Industrie sollten Bemühungen für einen global wirksamen Klimaschutz vor allem im Rahmen von multilateralen Klimavereinbarungen, wie dem Klimaklub, umgesetzt und vorangebracht werden.

Zum Schutz vor Carbon Leakage wurde Unternehmen bisher ein Teil der Zertifikate im ETS kostenlos zugeteilt. Diese kostenlose Zuteilung soll für Branchen, die von CBAM betroffen sind, ab dem Jahr 2026 schrittweise bis zum Jahr 2034 auslaufen. Vor dem Hintergrund der genannten Unsicherheiten sowie den mit CBAM einhergehenden Wettbewerbsnachteilen sollte die freie Zuteilung verlängert werden. Ansonsten droht die Deindustrialisierung voranzuschreiten mit der Gefahr, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen in anderen Regionen der Welt zunehmen.

Darüber hinaus ist geplant, dass die Ausgabe von Zertifikaten im Jahr 2039 gänzlich endet. Mit Blick auf die Transformationsaufgabe, die insbesondere im Bereich der Prozesswärmeerzeugung noch vor der Industrie liegt und auch vor dem Hintergrund von bisher fehlenden Alternativen, erscheint dieses Datum sehr ambitioniert. Man sollte bereits heute damit beginnen, ein Ausweisen von Zertifikaten bei Bedarf auch nach dem Jahr 2038 zu ermöglichen.



## Anerkennung von internationalen Klimaschutzaktivitäten

3

Der Schutz des Klimas gelingt nur global. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es sinnvoll Projekte dort umzusetzen, wo der Hebel zur Emissionsreduktion am größten und die Umsetzung am kosteneffizientesten ist. Unternehmen, die durch Umsetzung von internationalen Klimaschutz-Projekten den globalen Klimaschutz unterstützen, sollten sich diese Emissionen auch im europäischen Emissionshandelssystem rechtssicher anrechnen lassen können. Idealerweise sollten international bestehende Emissionshandelssysteme mit einheitlichen Standards verknüpft werden.

## Bürokratieabbau auf allen Ebenen

4

Die Bürokratie ist laut dem IHK-Energiewendebarmeter das größte Hindernis bei der Energiewende. Und auch abseits der Energiepolitik ist die Bürokratie für viele Betriebe ein elementares Geschäftsrisiko. Daher ist zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie ein im Arbeitsalltag deutlich spürbarer Abbau von bürokratischen Hemmnissen erforderlich. Die Bundesregierung sollte sich insbesondere auf europäischer Ebene für wirtschaftlich vernünftige Regeln mit Augenmaß einsetzen und EU-Vorschriften ohne zusätzliche Auflagen und Berichtspflichten auf nationaler Ebene umsetzen. Auf operativer Ebene müssen kostenintensive Planungs- und Genehmigungsprozesse umfassend überarbeitet und, z.B. durch Standardisierung und den Einsatz von KI, auf das nötige Mindestmaß reduziert werden. In den zuständigen Behörden braucht es zudem ein Mindset, das es möglich macht, den effizientesten Weg durch die Genehmigungsverfahren zu nehmen.





## Impressum

### Verleger und Herausgeber:

IHK Initiative Rheinland GbR (IIR)  
c/o Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf  
Ernst-Schneider-Platz 1, 40212 Düsseldorf  
Postfach: 10 10 17, 40001 Düsseldorf  
☎ +49 (0)211 3557-0  
✉ [kundencenter@duesseldorf.ihk.de](mailto:kundencenter@duesseldorf.ihk.de)  
🌐 [rheinland.ihk.de](https://rheinland.ihk.de)

### Ansprechpartner:

#### Industrie- und Handelskammer Aachen

Eva Schmitz  
☎ +49 241 4460-136  
✉ [eva.schmitz@aachen.ihk.de](mailto:eva.schmitz@aachen.ihk.de)  
🌐 [ihk.de/aachen](https://ihk.de/aachen)

#### Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg

Kevin Ehmke  
☎ +49 228 22 84 - 193  
✉ [k.ehmke@bonn.ihk.de](mailto:k.ehmke@bonn.ihk.de)  
🌐 [ihk-bonn.de](https://ihk-bonn.de)

#### Bergische Industrie- und Handelskammer

Ralph Oermann  
☎ +49 202 2490-300  
✉ [r.oermann@bergische.ihk.de](mailto:r.oermann@bergische.ihk.de)  
🌐 [bergische.ihk.de](https://bergische.ihk.de)

#### Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf

Dennis Höfer  
☎ +49 211 3557 277  
✉ [dennis.hoefer@duesseldorf.ihk.de](mailto:dennis.hoefer@duesseldorf.ihk.de)  
🌐 [ihk.de/duesseldorf/](https://ihk.de/duesseldorf/)

#### Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Dominik Heyer  
☎ +49 (0)2151 635-395  
✉ [dominik.heyer@mittlerer-niederrhein.ihk.de](mailto:dominik.heyer@mittlerer-niederrhein.ihk.de)  
🌐 [mittlerer-niederrhein.ihk.de](https://mittlerer-niederrhein.ihk.de)

#### Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg – Wesel – Kleve zu Duisburg

Carolina Klimaschka  
☎ +49 203 2821-311  
✉ [klimaschka@niederrhein.ihk.de](mailto:klimaschka@niederrhein.ihk.de)  
🌐 [ihk.de/niederrhein](https://ihk.de/niederrhein)

### Gestaltung:

Jutta Stein  
☎ +49 (0)2151 635-354  
✉ [jutta.stein@mittlerer-niederrhein.ihk.de](mailto:jutta.stein@mittlerer-niederrhein.ihk.de)

### Bildnachweise:

Titel: digital617 © digital617, generiert mit KI // Seite 2: AdobeStock © ABCDstock / Seite 3 oben: AdobeStock © Pavel Losevsky / Seite 3 unten: AdobeStock © hxdyl / Seite 4: istock © MichaelUtech / Seite 6: AdobeStock © SerPak / Seite 7: AdobeStock © Thares2020, generiert mit KI

### Druck:

Druckerei van Acken, Krefeld

### Stand: Dezember 2025

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.